

Challenger Report für den Rat für Nachhaltige Entwicklung

Das Management der öffentlichen Dinge. Wirtschaft und Politik an ihren Grenzen.

Dr. Volker Hassemer, Senator a.D.

Berlin, 1. Oktober 2003

1. Nachhaltigkeit – ein Thema auch der Entscheidungsprozesse

Dass Nachhaltigkeit ein eigenes Arbeitsthema, eine Art Aufforderungsthema geworden ist, hat einen einfachen Grund: Politik und Praxis, die Kriterien der Nachhaltigkeit folgen, stellen sich selten „urwüchsig“ ein. Das ist woanders anders: Um den schnellen Erfolg, den schnellen Gewinn als Leitlinie zu verteidigen und durchzusetzen, um egoistischer Politik mehr Raum zu geben, um auf gerade eingetretene Katastrophen zu reagieren, braucht man nicht eigens einen Rat – das läuft von selbst. Wer dagegen Nachhaltigkeit durchsetzen will, muss eine eigene Energie solcher Urwüchsigkeit in den Weg stellen. Und außerdem ist das sich kümmern um Nachhaltigkeit eine Querschnittsaufgabe: in vielen, ja in allen Feldern von Politik und Wirtschaft ist es vonnöten.

Und damit ist die Sache doppelt schwierig: Wer Nachhaltigkeit durchsetzen will, muss gegen den Strom schwimmen und das auch noch im gesamten Flußsystem unserer nationalen und internationalen Wirklichkeit. Das ist keine neue Erkenntnis. Die Schlussfolgerung aber ist, wenn nicht neu, dann doch normalerweise nicht im Zentrum der Arbeit für Nachhaltigkeit: dass nämlich, wer sich einer solchen Aufgabe verschrieben hat, sich nicht nur um die Inhalte kümmern darf, die er durchsetzen will. Er muss sich mehr als andere auch Gedanken machen, wie die „Transportbedingungen“ für seine Inhalte aussehen. Mehr noch: zu seiner Aufgabe gehört, diese Bedingungen so zu beeinflussen, dass seine Inhalte nicht gutgemeint und gutgeklärt stehen bleiben, sondern den gigantischen Weg gegen den Strom in allen Flußläufen bis hin zu den konkreten Entscheidungen schaffen.

2. Interne Entscheidungsbedingungen

Sich für „nachhaltige Politik“, um diese ungenaue Formulierung zu verwenden, einzusetzen, bedeutet also, sich um Entscheidungsstrukturen zu kümmern, die den Inhalten nachhaltiger Programmatik bessere Durchsetzungschancen eröffnen. Die Strategen der Nachhaltigkeit müssen sich mehr als andere für die Bedingungen und die Umfeldbedingungen der Entscheidungsprozesse interessieren.

Das ist für sie kein fremdes Terrain. Denn wieder ist die Kurzfristigkeit der große Antipode. In immer kürzeren Zeiträumen werden die Entscheider, werden die Politiker abgerechnet. Hat man ihnen früher vorgeworfen, sie würden nur in Wahlperioden denken und entscheiden, so läuft jetzt alles noch schneller. Fast tägliche aktuelle Kritiken und von ihnen verursachte Schieflagen müssen die Politiker ernst nehmen, um in das nächste aktuelle Thema nicht geschwächt hineingehen zu müssen oder ihr Gremiengewicht nicht zu verringern, das letztlich ihre Chancen bei allfälligen Wiederwahlen (und wie viele sind es doch: auf Orts-, Kreis-,

Landes-, Bundesebene der Partei und dann noch für innegehabte oder für morgen oder übermorgen angestrebte Wahlämter) beeinflusst. Beobachter und Journalisten notieren wie beim Boxkampf die gemachten Punkte und die enttäuschten Erwartungen des Alltags, um sie in Kommentaren als mahnende Zwischenergebnisse zu publizieren und dann zusammenzuzählen, wenn es an die Wahlen bzw. an eine der Wahlen geht.

Und Punkte sind nach wie vor vor allem dann zu machen, wenn man gute Nachrichten für den Souverän produziert hat. Der wiederum verfährt, wenn er in seiner Eigenschaft als Wähler auftritt, ebenso unverändert lieber nach dem Prinzip von Hemd und Rock, hat also bei der Beurteilung der von seiner Wahl abhängigen Politiker sich mit seinen jetzigen Interessen in seiner augenblicklichen Lage im Auge. Dies schon deshalb, weil die anderen es doch auch so machen und man deshalb schön dumm wäre, würde man selbst nicht Die Folge ist, dass im besten Fall die alltägliche Politik allenfalls meandert: zwischen erkannten langfristigen Zielverfolgungen und aktuellen Aktionen, die die Wähleröffentlichkeit abfordert. Man muss ergänzen, dass gerade in den letzten Jahren die Vorstände der großen Unternehmen in ihrem Verhältnis zu Aktionären und zur Öffentlichkeit immer stärker nach ähnlichen Mustern agieren.

Das zeigt auch, dass der Ruf oder der Wunsch nach besseren, nach qualifizierteren Politikern nicht wirklich weiterhelfen wird. Er übersieht, dass wir strukturelle Ursachen vor uns haben, die die Handlungsmöglichkeiten innerhalb der Politik für alle Akteure dort beeinflussen. Natürlich ist es gut, wenn qualifizierte Personen in die Politik gehen, natürlich müssen sich Parteien um solche Personen bemühen – aber auch diese sehen sich anschließend dort Bedingungen gegenüber, die sie nicht außer acht lassen können. Auch sie werden gewählt und wiedergewählt werden müssen, auch sie werden das Wohl der sie nominierenden Partei nicht übersehen dürfen usw. Man muss auch davon ausgehen, dass schon die heute handelnden Politiker nicht selten gerne andere Entscheidungen treffen würden, sich aber im Hinblick auf das – nennen wir es zusammengefasst einmal – Machbare zu - nennen wir es – Kompromissen bereit finden müssen. Das ist nicht etwa undemokratisch – das gerade ist demokratisch.

Ich rufe dies nicht in die Erinnerung, um zu polemisieren oder anzuklagen oder gar als Zeichen von Resignation, sondern nur um an die Ausgangssituation erinnern, von der aus wir nun über Abhilfe nachdenken müssen. Was gilt es zu tun? Wie kann man bei solcher Ausgangslage die Chancen für nachhaltiges Politikhandwerk vergrößern? Den Wähler auf das Egoistische, das langfristig auch ihn selbst Gefährdende seiner Urteilsfindung hinweisen? Ihn zu einem besserem Wähler erziehen? Das ist oft versucht worden, und die Ergebnisse sind überschaubar. Der solcherart „uneinsichtige“ Wähler ist nur begrenzt zu bewegen.

3. Kompetenz in der Gesellschaft

Aber vielleicht kommen wir weiter, wenn wir den Bürger in einer anderen als ausgerechnet in dieser Rolle des Wählers herausfordern und einsetzen. Denn schon als jemand, der sich mit wichtigen Phänomenen des Lebens und der Natur beschäftigt, ist der, den wir gerade als Wähler kennen gelernt haben, nicht mehr derselbe. Da erleben wir auch bei nicht unbedingt besonders für Umwelt und Ressourcen Interessierten zunehmend Offenheit und gar Engagiertheit. Man nimmt die Nachrichten von dort nicht mehr auf die leichte Schulter.

Die engagierte und immer breitere, die argumentenreiche Beschäftigung mit den Zielen der Nachhaltigkeit zeigt also Wirkung. In der Gesellschaft, im Urteil von immer mehr Menschen

spielt Nachhaltigkeit eine wichtige Rolle, ist ihre Bedeutung verstanden; mehr jedenfalls als sie in den Forderungen an die Politik, also in den „Wahlprüfsteinen“ der Menschen zum Ausdruck kommt. Dort nämlich herrscht dann das Prinzip der relativen Gewichtung der Themen. Und dabei obsiegen die den Einzelnen jetzt und individuell, so jedenfalls wird es empfunden, betreffenden Erwartungen und Ziele. Im Ergebnis kommt so in der Politik und auch bei den Vorständen großer Unternehmen, die sich zum einen den Wählern und zum anderen den Aktionären sowie der jeweiligen öffentlichen Begleitung gegenübersehen, das nicht an, was bei den Menschen an Wertungen durchaus bereits vorhanden ist.

Die Politik ist heute nicht mehr – so richtig konnte sie es nie sein - auf der Höhe dessen, was die Gesellschaft, für die sie zuständig ist, und der sie zu dienen hat, vermag: weder der Qualität von deren Kenntnissen und Wissen, noch der Qualität von deren Bewertungen wird sie, die Politik, gerecht. Das klingt zunächst fast überkritisch. Bei näherem Hinsehen kann man jedoch erkennen, dass die Politik selbst durch die ansteigende Zahl eingeholter Gutachten, vor allem aber beratender Kommissionen, runder Tische u.ä. signalisiert, dass sie dies spürt und darauf reagieren will. Oder vorsichtiger: Dass sie mindestens erkennt, dass die Öffentlichkeit solches von ihr erwartet, weil sie, die Öffentlichkeit, der Politik allein das Finden der richtigen Wege nicht mehr zutraut.

Die Ursachen für diese Entwicklungen liegen nicht nur in der skizzierten besonderen Beziehung Wähler-Gewählte. Sie liegen z.B. auch in der immer größer werdenden Kompliziertheit der zu regelnden Tatbestände und zu lösenden Probleme. Es ist fast schon eine Binsenweisheit, dass in immer kürzeren Abständen neue Erkenntnisse und praktische Ausgangslagen verarbeitet werden müssen, wenn man mit seinen Entscheidungen auf der Höhe der Zeit sein will: wissenschaftliche Ergebnisse natürlich, aber mindestens genauso wichtig Veränderungen bei den Menschen, soziale Entwicklungen, Mentalitätsänderungen; immer stärker werdende internationale Implikationen nicht nur „politischer“, sondern auch gesellschaftlicher, wirtschaftlicher, kultureller und religiöser Art.

4. Die Politik bleibt zurück

„Die Politik“ ist demgegenüber nicht grundsätzlich anders aufgestellt als vor Jahrzehnten. Sie hat sich leider sogar obendrein immer mehr Aufgaben zugemutet. In ihrem Versuch, sich dem Wähler als die beste Alternative anzubieten, haben die Parteien immer mehr an Leistungen versprochen: Sie würden für Wohlstand sorgen; sie würden Arbeitsplätze schaffen; sie würden soziale Sicherheit garantieren; sie würden die Währung stabil halten usw. Natürlich hat die Politik zu alledem Beiträge zu leisten. Aber das versprochene Ergebnis herzustellen – dazu gehört auch die Arbeit noch anderer Akteure. Sehr oft kann die Politik nicht mehr als bestenfalls die angemessenen Randbedingungen beizusteuern.

So sind es nicht nur die erschwerten objektiven Bedingungen, es ist auch eigenes Verschulden, das dafür gesorgt hat, dass der gute Ruf der Politik, genauer: das Vertrauen in ihre Leistungsfähigkeit, wenn nicht alles täuscht, kontinuierlich schwindet. Nicht viel besser verhält sich dabei die „übrige“ Gesellschaft, indem sie sich grundsätzlich interessengeleitet zu Wort meldet: als Verbände, Institutionen, Organisationen vertritt sie die Interessen der jeweils bei ihr Korporierten. Die Wortmeldungen sind dadurch immer besonders mächtige eines bestimmten Teils des Wahlvolks. Sie bestätigen die Reflexgewohnheiten der Politik auf das immer nur eine: die Chance der Wiederwahl.

Solchen Engführungen könnte man vielleicht noch gelassen zuschauen, wenn das ein Problem nur wiederum der politischen Akteure wäre. Das jedoch ist nicht der Fall. Für einen schlecht angesehenen Beruf, den des Politikers, werden immer weniger gute Leute zu finden sein, was dann seinerseits wieder die Leistungsfähigkeit der politischen Klasse beeinträchtigt. Noch wichtiger: das Durchsetzungsvermögen der Politik, die Bereitschaft der Bürger, ihr auch bei unangenehmen, aber notwendigen Botschaften zu folgen, wird mit der abnehmenden Achtung vor dem Politischen geringer. Und solche unangenehmen Botschaften sind wiederum im Zweifel die, die nicht kurzfristige Erfolgserwartungen bedienen, sondern auf Kontinuität, Langfristigkeit und Verantwortung für die Zukunft, für das Ganze setzen. Unschwer sehen wir, dass dies Botschaften sind, zu denen grundsätzlich auch die Positionen der Nachhaltigkeit gehören.

5. Unbestritten: das demokratische Entscheidungssystem

Das ist für uns ein zusätzlicher Grund für die Erkenntnis, dass es hier um unser Thema geht. Wo also ist die Abhilfe? Sicher nicht in einer generellen Systemschelte. Denn auch das ist wahr: der Grundgedanke der Demokratie, der repräsentativen Demokratie, dem unsere Verfassungen folgen, ist unverändert unübertrefflich. Der Satz, dies sei die schlechteste aller Staatsformen, aber die beste, die wir bekommen können – und die wir deshalb auch mit aller Kraft verteidigen müssen –, hat nichts von seiner Gültigkeit verloren.

Diese Wertschätzung bezieht auch das Parteiensystem ebenso mit ein wie die unverzichtbare Rolle einer freien Presse. Obwohl wir wissen, dass die Mechanismen der Parteiendemokratie weder das Spiegelbild einer optimalen Erkenntnisschmiede noch einer Elitenauswahl sind – wie eben auch unsere Gesellschaft keine Elitengemeinschaft sein kann. Und obwohl wir wissen, dass alltäglich für unsere Presse das Kriterium der Verkäuflichkeit durchaus nicht nur in Übereinstimmung sondern auch im Wettstreit mit dem der Wahrheit und Aufklärung liegt.

Gleichwohl gibt es nichts relativ Besseres. Obwohl die Systeme zum einen des Politischen und zum anderen der Presse nur begrenzt verbesserbar sind. Eine auf die Bürger in möglichst großer Breite aufgebaute Parteienlandschaft hat ebensolche strukturelle Grenzen wie auf ihre Art die Landschaft der Zeitungen und Rundfunkanstalten, die am Ende des Tages ihre ständig gefährdete Existenz Einschaltquoten und Abonnentenzahlen verdanken.

6. Verbesserungen der externen Entscheidungsbedingungen

Wie wir uns also zu diesem demokratischen als dem besten System bekennen, wie wir auch seine begrenzten internen Verbesserungsfähigkeiten vorbehaltlos einräumen sollten – so dürfen wir damit doch nicht das Buch der nötigen Verbesserung von Entscheidungsvoraussetzungen schließen. Wie könnten wir das auch, voll bepackt wie wir sind mit den inhaltlichen Petita an eine Politik der Nachhaltigkeit. Gerade wenn wir unüberwindbare Grenzen der internen Verbesserung der Systeme erkennen, geht die nötige Renovierung erst los. Wenn wir an die Grenzen interner Prozeßverbesserungen gelangt sind, müssen wir uns nach externen umschaun. In einem Satz: Politik ist zu wichtig, ihre Leistungsfähigkeit ist objektiv zu begrenzt, als dass wir sie alleinlassen dürften.

Ansatzpunkte dafür, wie das geschehen sollte und kann, haben wir bereits gestreift, als wir davon sprachen, dass das Politische nicht mehr auf der Höhe der Möglichkeiten der Gesellschaft ist. Diese Gesellschaft nämlich – die Wirtschaft, aber auch die Wissenschaft, die

Kultur – haben sich strukturell und inhaltlich in den vergangenen Jahrzehnten immer schneller entwickeln müssen, oder haben es zu spüren bekommen, wenn sie es nicht taten. Sie wurden durch die sich ändernden Randbedingungen erzogen oder von ihnen bestraft. Man mag auch diesen Reifungsprozess bei uns im Verhältnis zu einigen wenigen, noch besser aufgestellten Ländern für nicht voll zufriedenstellend halten. Immerhin haben sich in unserer Gesellschaft im internationalen Wettbewerb gewachsene, langjährige Erfahrungen angesammelt, durch Krisen geschärfte Entwicklungen ereignet, sind Persönlichkeiten gewachsen, die zusammengenommen den Vorsprung ausmachen, den unser Land immer noch gegenüber der Mehrzahl der Länder weltweit vorweisen kann.

Muss also nicht die Aufgabe heißen, die Kultur der machtvollsten Entscheider unseres Landes auf die Höhe der Kultur der kompetentesten Akteure unserer Gesellschaft zu bringen? Oder anders: wie könnten oder können wir es uns leisten, bei den uns allen betreffenden, unserer aller Schicksal befördernden oder beeinträchtigenden „öffentlichen Angelegenheiten“ nicht auf die ansonsten in unserer Gesellschaft vorhandenen Kenntnisse und Bewertungen zurückzugreifen? Ich sage bewusst auch „Bewertungen“, denn es geht nicht nur um Wissen und Erfahrungen. Das Wertvollste sind die daraus gewonnenen Bewertungen, auch die Qualifikation, zutreffende Bewertungen treffen zu können. Sind es nicht schließlich diese in unserer Gesellschaft angesammelten Kompetenzen, die unser Land weltweit konkurrenzfähig machen? Und haben nicht gerade die Protagonisten der Nachhaltigkeit besondere Gründe, an einem Versuch zu arbeiten, diese Kompetenzen im politischen Entscheidungsprozeß zu Einfluß zu bringen?

7. Ansätze: die Grünen....

Gerade diese Protagonisten werden jetzt möglicherweise darauf verweisen, dass es dies doch schon gibt. In der Tat: gerade die Kraft und Kampfbereitschaft, auch die Erfolgsquote der Umweltbewegung, ihre Wirkung auf die Politik in den letzten Jahrzehnten ist beeindruckend. Außerdem hatten wir nicht nur sehr früh einen Sachverständigenrat für Umweltfragen, wir haben jetzt sogar einen Rat für nachhaltige Entwicklung, deren Ratschlag sich die Bundesregierungen bedienen. Und es ist doch vor allem gelungen, eine ganze Partei mit überwiegender Umweltprogrammatik in das Parteiensystem selbst bis hinein in die Regierung einzuschleusen.

An diesem letzteren, besonders überzeugend erscheinenden Punkt sollte man sich, um damit anzufangen, allerdings an die Diskussion erinnern, die damals, als die „Grünen“ sich zur Partei erklärten, in der Umweltbewegung geführt wurde. Da gab es auf beiden Seiten – sowohl bei denen, die weiter den Status des Umweltverbandes vorzogen, wie bei denen, die die Konstruktion der Partei für sich entschieden – die Erkenntnis, dass selbst bei gleichen Zielen nun die programmatischen Inhalte nicht mehr deckungsgleich gehalten werden konnten. Dann in der Regierungsbeteiligung wurde noch klarer, dass die erklärten Wahrheiten anders lauten je nach dem, ob sie auf dem Papier mit dem Briefkopf eines Verbandes stehen oder auf dem Papier mit dem einer Partei. Solches hatten im übrigen davor schon christliche oder sozialistische Parteien auf ihre Weise auch erlebt.

In zwei besonders erkennbaren Stufen wirken sich die Gesetze des Politischen abschwächend oder vergrößernd auf die Positionen der Parteien aus: In der ersten Stufe, wenn sie sich nicht nur mit ihren Aussagen vorstellen, sondern sich nunmehr dem Wähler mit dem Ansinnen möglichst zahlreicher Zustimmung präsentieren; und in der zweiten, wenn sie in der Regierungsbeteiligung die alltäglich Austarierung des Durchsetzbaren und nach außen

Vertretbaren zu leisten haben. Noch einmal: das ist nicht undemokratisch – gerade das ist demokratisch. Für uns bedeutet das aber die Erkenntnis, dass wenn aus dem Ei einer gesellschaftlichen Initiative das Huhn einer Partei wird, dann dieses zwar dem vorherigen Ei nicht ganz unähnlich – es aber eben nicht mehr selbst ist.

8. und der Rat für nachhaltige Entwicklung

Oder sehen wir uns, um zu unserem zweiten Beispiel zu kommen, die Arbeit der Räte an, die von der Bundesregierung zu ihrer Beratung eingesetzt werden. Diese sind eine Versammlung hohen gesellschaftlichen Sachverstands, und sie haben einen unmittelbaren Draht zu den Regierenden in der Politik. Beides entspricht den Zielen, die wir hier diskutieren.

Gerade die Nähe zur Politik, von ihr nämlich berufen zu sein und von ihr dezidiert gefragt zu werden, ist zwar für die Einflussnahme von großem Vorteil, ansonsten aber ein Pferdefuß. Solche Räte sehen von ihrem Personal her, ohne dass das übrigens den Sachverstand und die Lauterkeit der Ratsmitglieder in Zweifel zieht, immer irgendwie der Regierung ähnlich, die sie berufen hat. Der Vorsitzende des Rats für nachhaltige Entwicklung beispielsweise könnte Hauff und, sagen wir, Riesenhuber heißen. Bei einer SPD-geführten Regierung wird es im Zweifel der erste, bei einer CDU-geführten der zweite Name sein. Und wenn jemand wie Frau Süßmuth überkreuz zur Kommissionsvorsitzenden wird, sehe ich, ich kann mir nicht helfen, die leichte Amüsiertheit des Triumphs im Gesicht des dies verkündenden Ministers ob der politischen, nicht primär der fachlichen Geschicktheit seines Schachzugs.

Politiker können oder dürfen sogar, dafür sind sie Politiker, nicht anders, als zuerst einmal politisch kalkulieren – auch wenn es gerade um etwas gezielt anderes gehen sollte: um die Justierung, die Infragestellung des nur Politischen aus fachlich-gesellschaftlicher Sicht. Die Berufung durch die Politik mindert auf diese Weise die Qualität der Räte als Wortmeldung aus der Gesellschaft.

Auch die praktische Arbeit der Räte wird unausgesprochen begleitet von deren Wissen, wo Grenzen ihres Beratungsauftrags, ihrer Beratungslegitimation liegen, mögen sie auch noch so weit gezogen sein. Werden sie überschritten, müssen nicht unbedingt Sanktionen folgen. Aber z.B. kann, ja wird die Zugänglichkeit der beratenden Regierung geringer werden. Das ist menschlich und politisch verständlich, und man sollte sich deshalb gar nicht die Mühe machen, es zu bestreiten. Vielmehr wird sich ein guter Rat mit viel Geschick bemühen, den Korridor der übermittelbaren Rats schläge möglichst breit zu halten, Zugänglichkeit der zu Beratenden und Deutlichkeit des zu Ratenden zu einem möglichst hohen Optimum zu entwickeln.

9. Rat ohne Regierungsauftrag?

Wesentlich ist am Ende aber, dass der von der Regierung zum Ratschlag aus der Gesellschaft Berufene sich diesen strukturellen Grenzen gegenüber sieht. Dem Beauftragten ist es strukturell nie vollends möglich, auf Augenhöhe mit dem Beauftragten zu sein. Soll man nun deshalb einem solchen Rat vorschlagen, seine Nabelschnur zur Regierung zu kappen, um auf diese Weise diese Grenzen loszuwerden? Die Frage ist deshalb interessant, weil sie letztlich die Frage nach den Bedingungen „wirklich selbständiger“, in der Gesellschaft entstandener Voten ist. Nicht zu vergessen dabei: solcher, die Wirkung im Entscheidungsprozeß haben sollen.

In Letzterem liegt der Grund, dass ich den Räten das Kappen der Nabelschnur in der jetzigen Situation nicht empfehlen würde. Zwar ist richtig, dass dadurch für dem jeweiligen Rat die Grenzen des beschriebenen Korridors aufgebrochen wären. Die Versammlung des Sachverständigen könnte – ein bestimmtes Maß an hoher Qualifikation ihrer Mitglieder vorausgesetzt – in der logischen Sekunde des Wegfalls des politischen Auftrags plötzlich eine gesellschaftliche Repräsentanz beanspruchen, der bisher gerade diese Regierungsberufung im Wege stand. So weit so gut.

Dafür wäre aber auch der Einflussstrang gegenüber der Regierung verloren. Zur Beantwortung der Frage nach Auftrag und Berechtigung für die Arbeit des Rats wäre er ausschließlich auf sich selbst verwiesen. Einen anderen Weg, seine Rolle abzuleiten sehe ich für den heutigen Zeitpunkt nicht. In eigener Verantwortung, gewissermaßen in Selbstverpflichtung als Rat und im Rat aktiv zu werden, würde zwar nicht die Qualität der Arbeit mindern. Angesichts der Abkoppelung von der Regierungsbeauftragung kann man sogar sagen: im Gegenteil. Diese besondere, die der gänzlichen Unabhängigkeit begründete Qualität würde aber die Einflusskraft gerade nicht erhöhen sondern vermindern. Wir sehen, dass in den heutigen Verhältnissen erst durch den Regierungsauftrag der doch eigentlich durch seine private, gesellschaftliche Kompetenz sachlich legitimierte Rat seinen strukturellen Platz und damit seine Wirkung erzielen kann.

Man muss der Vollständigkeit halber ergänzen, dass eine von Verbänden und Organisationen verliehene Legitimation nicht in die Bresche springen könnte. Denn die berufende Regierung ist in ihrer Verantwortung für das Ganze im Regelfall nicht dem Verdacht ausgesetzt, einen Rat (bei einer für ein Einzelthema eingesetzten Kommission kann das schon etwas anders aussehen) nur zur Absicherung eines bestimmten Einzelinteresses eingesetzt zu haben. Bei Verbänden oder anderen Interessenorganisationen ist dieser Verdacht dagegen naheliegend und im Hinblick auf die für den Rat gesuchte Noblesse der Unabhängigkeit tödlich. Da hilft auch nicht, dass in einem solchen Falle der Auftrag, wie prinzipiell erwünscht, von der Seite der Gesellschaft kommt. Da hilft noch nicht einmal, wenn dieser Auftrag von für Inhalte, z.B. Umweltschutz, stehenden Mittlerorganisationen erteilt wird.

Ergebnis: weder eine aus der Gesellschaft geborene Partei noch ein regierungsbeauftragter Rat erfüllt, und das aus im übrigen guten Gründen, den Anspruch, die Gesellschaft ungeschmälert zu Wort, zu einflussreichem Wort kommen zu lassen. Wir müssen uns etwas anderes einfallen lassen. Denn es ist doch wert, die Stetigkeit einer fachlichen Position gegenüber der Politik und der Öffentlichkeit zu entwickeln, gegen die nicht eine bestimmte Form von Abhängigkeit eingewandt werden kann. Es ist erforderlich, ihr eine Art prozeduraler Nachhaltigkeit zu geben, die nicht von der Meanderbewegung der Politik beeinträchtigt wird.

10. Gedankenspiel: ein Wissenschaftsrat

Vielleicht kommen wir weiter, wenn wir uns, auch angesichts zarter Überlegungen hier und da, einmal mit der Vision eines deutschen Wissenschaftsrats beschäftigen. Allein für unsere Zwecke, also als ein methodisches Beispiel, nicht als ernstzunehmender Beitrag für dieses viel zu ernste Thema.

Gemeint ist in diesem Gedankenspiel ein Wissenschaftsrat, der etwas anderes ist als der bestehende Wissenschaftsrat der Deutschen Forschungsgesellschaft. Während dieser ein

Organ wissenschaftsinterner Selbstorganisation ist, ist der Wissenschaftsrat unseres Gedankenspieles eine neue Einrichtung: Ein Rat in Verantwortung für Fragen und Themen der Gesellschaft. Unserem neuen Wissenschaftsrat wird eine gültige Autorität zugemessen, die sich nicht aus ex cathedra-Entscheidungen entwickelt, sondern die ihre Legitimität daraus bezieht, dass der Wissenschaftsrat seine Positionen und Interventionen gegenüber der Gesellschaft als Ganzem verantwortet. Das ist eine Autorität, die in anderer Weise das Bundesverfassungsgericht in Anspruch nehmen kann.

Anlass für solche Überlegungen zu einem Wissenschaftsrat ist, dass schon heute, in Zukunft aber immer mehr vor allem naturwissenschaftliche und naturwissenschaftlich-ethische Themen auftauchen, die für die Gesellschaft Fragen aufwerfen, auf die es keine objektiv beweisbaren Antworten gibt. Trotzdem und gerade deshalb hat die Gesellschaft ein außerordentliches Interesse daran, zu ihnen eine Art objektiver Beurteilung zu erfahren.

Diese Beurteilungen ergäben dann hochbedeutende Richtwerte nicht nur für die Politik – aber natürlich auch und gerade für sie. Grundbedingung dafür ist selbstverständlich zunächst die fachliche Kompetenz der Beurteilenden, die wir hier voraussetzen müssen. Zweifel an der Sachbezogenheit der Beurteilungen dürfen zum zweiten nicht dadurch entstehen können, dass ihnen ein spezifischer, z.B. ein Regierungsauftrag zugrunde liegt. Das hatten wir erörtert. Dass sich inhaltliche, wissenschaftliche Divergenzen ohnehin noch der Stringenz der erwünschten Beurteilung widersetzen werden, ist – anders als das Vorbesprochene – weder vermeidbar noch darf es ein Ziel sein, es zu vermeiden. Im Gegenteil sind es ja gerade diese in solchem Widerstreit zum Ausdruck kommende Kompliziertheit ebenso wie die Ernsthaftigkeit des Ringens um das sachlich am meisten angemessene Urteil, das die ganze Anstrengung lohnt und wichtig macht. Finden wir einen Weg, diesen gedachten Wissenschaftsrat so entstehen zu lassen, dass er ebenso unabhängig, also auftragsfrei, wie einflussreich agieren kann?

Ordnen wir einmal Instrumente, die zur Verfügung stehen, um den Geburtsprozess eines solchen Wissenschaftsrats so auszubalancieren, dass das daraus geborene Kind anschließend keines der beteiligten Elternteile als allein das seine, alle gemeinsam es aber als das ihre betrachten können. Wir werden Vorschlagsrechte haben, wir sollten sie veröffentlichen können. Wir haben Stellungnahmen z.B. unserer Spitzenverbände bis hin zu Landesorganisationen – aus sie sollten öffentlich werden. Wir haben die Leiter unserer bedeutendsten bundesdeutschen Wissenschaftsorganisationen, die vielleicht als das Berufungsgremium fungieren könnten. Sie könnten u.U. zuvor Voten internationaler Wissenschaftsgremien einholen. Vetorechte wären zu überlegen, die gegenüber Berufungsrechten jedenfalls die weitaus geringere Einflussnahme bedeuten. Auch sollte die Mitgliedschaft im Rat zeitlich sehr begrenzt sein, um eine ständige Justierung und Renovierung der Beurteilungspraxis zu erleichtern. Warum sollte es nicht möglich sein, mit solchen und vielleicht weiteren Methoden eine Mischung für den Geburtsprozess zu finden, die das gestellte Ziel erreichen lässt?

11. und seine Nebenwirkungen

Der Einsatz solcher Methoden im Geburtsprozess hätte wünschenswerte Nebenwirkungen. Die Beteiligung vieler Seiten durch die Berechtigung zu Vorschlägen und Stellungnahmen würde dem so gebildeten Gremium helfen, nicht nur einem Auftraggeber verpflichtet, sondern die Sache möglichst vieler zu sein. Die möglichst große Öffentlichkeit der im Entstehungsprozess geäußerten Positionen und Gründe würde der Presse erlauben, sich mit

diesem Gremium zu beschäftigen und es in der öffentlichen Diskussion erhalten. Die Einbeziehung internationaler Voten (warum nicht auch Experten?) würde dieses Vorgehen über unsere Landesgrenzen hinweg bekannt machen und beobachten lassen.

Anders als bei der diskutierten schlichten Kappung des Regierungsauftrags eines Rats müsste man sich auch wegen der Einflusskraft eines so entwickelten Gremiums keine Gedanken machen. So breit entstanden, so vielfältig in der Berufung der Mitglieder bedacht und verursacht, wird dieser Wissenschaftsrat eine Alleinstellung erreichen, an der niemand vorbeigehen können. Die im übrigen ihm selbst eine Verantwortung vor Augen führt, die von jedem einzelnen Mitglied höchste Ernsthaftigkeit abfordern wird.

Zwar wird nämlich niemand formell gebunden sein, sich die Beurteilungen zu eigen zu machen. Aber er wird das nicht tun können, ohne es zu begründen. Er wird dann erleben, dass diese Gründe in der öffentlichen Diskussion der Autorität des Rates gegenübergestellt werden und, wenn sie nicht überzeugend sind, auf ihn zurückfallen können. Anders als im Fall eines von ihr beauftragten Rates wird z.B. eine Regierung sehr viel sorgfältiger begründen müssen, wenn sie anderer Beurteilung als der des Rates folgen will. Es wird ihr auch geradezu unmöglich, einen eigenen, weil in gewisser Weis zu beeinflussenden Rat für ihre eigenen, für „Regierungszwecke“ zu rekrutieren.

Die vielgescholtene Presse hätte einen Vorgang, mit dem sich zu beschäftigen sich für sie lohnen würde – diesmal zugunsten von Sachbezogenheit und Objektivität. Bei Ihren Lesern kann sie u.U. weniger das Interesse an der - etwas komplizierten – inhaltlichen Thematik als an der der möglichen Verletzung von Fairness voraussetzen, die nun plötzlich im Raum steht. So oder so – die Presse könnte in solchen Abläufen der wichtigste Garant für die Erreichung der gleichen Augenhöhe zwischen Ratgeber und Ratempfänger werden. Dem Prinzip der Tagesentscheidungen gegenüber würde mit der Arbeit eines solchen Rates Aufmerksamkeit entwickelt für das Erfordernis langfristiger Begründungszusammenhänge. Politik würde so in neuer Weise gefordert. Und dies nur deshalb, weil durch eine unabhängige und kompetente Wortmeldung aus der Gesellschaft ein neuer Resonanzboden entsteht, mit dem dann auch die Presse umgehen kann und wird.

Politik würde aber nicht nur gefordert, sie würde auch neu unterstützt. Mit dem Auftauchen öffentlich behandelte Positionen, beispielsweise der Nachhaltigkeit, die mit dem Gewicht von Objektivität, Fachkenntnis und Kompetenz versehen sind, entsteht ein Faktum, mit dem sich nun die Politik beschäftigen kann, ohne dafür gleich - weil es nach den Gesetzen der Tagespolitik zu wenig fassbar ist - gescholten zu werden. Denn sie orientiert sich ja in diesem Moment nicht an eigenen, an politischen Positionen sondern an solchen von Autoritäten außerhalb der Politik, die möglicherweise gerade von den Medien gelobt wurden; schon deshalb weil diesen die grundsätzliche Vorgehensweise einer solchen gesellschaftlichen Wortmeldung sympathisch ist. Gute, gutwillige Politik erhält einen größeren Spielraum, zu dem zu stehen, was zu vertreten in der wählerorientierten Tagespolitik nicht so einfach ist.

Wir sollten uns an diesem Punkt klarmachen, dass auch der Umgang mit der Presse nicht nur eine Frage der Zulieferung interessanter Inhalte sondern mindestens genauso wichtig eine der Generierung von Abläufen ist, über die Berichte sich lohnen. Berichte wiederum, die die gewünschten Inhalte zum Gegenstand haben. Die Landschaft der Meinungsbildung würde sich durch den hier skizzierten Eingriff nicht unwesentlich ändern; und zwar zugunsten von Botschaften, die authentisch aus dem Wissen- und Bewertungsrepertoire der Gesellschaft, soweit diese nicht politisch und administrativ verfasst ist, stammen.

12. Grundsätze für gesellschaftliche Beiträge

Nicht verändern würden sich die Entscheidungskompetenzen. Eingriffe in demokratisch festgelegte und legitimierte Strukturen sieht der Gedanke nicht vor. Allein die Entscheidungsvoraussetzungen werden verändert – vertieft und verbessert. Es ist auch keine Form der „Entpflichtung“ der Politik. Deren Entscheidungsverantwortung bleibt und wird sogar in verstärkter Weise herausgefordert. Es ist dies eine Qualifizierung des demokratischen Systems, nicht seine Verletzung.

Es gibt, wenn man zusammenfasst, drei grundsätzliche Parameter für den Wert, für das gewünschte Gewicht gesellschaftlicher Stellungnahmen zu Themen wie die der Nachhaltigkeit, die nicht schon ohne weiteres einen angemessenen Platz auf der öffentlichen Agenda haben: Fachliche Qualifiziertheit, nicht von Dritten beeinträchtigte Unabhängigkeit sowie Legitimation als sachverständiges Wort „der Gesellschaft“. Unsere Kurzanalyse am konkreten Beispiel hat gezeigt, dass alle drei Parameter erfüllbar scheinen. Ist es dann nicht an der Zeit, sich um die genauere Klärung eines einsetzbaren Instrumentariums, den Aufbau eines diesen Parametern gerecht werdenden Systems zu bemühen? Wir hatten gesehen, dass darin keine Gefährdung anderer Wege, fachliche und engagierte Beiträge im Politischen zur Wirkung zu bringen, läge, eher ein Weiterentwickeln dieser Ansätze: sowohl der regierungsberufenen Räte, wie aber auch der Entwicklung von Bürgerinitiativen zu Parteien zum Beispiel.

Die Politik allerdings wäre in ihrer Alleinstellung als öffentlicher Dienstleister und Problemlöser – nicht in der als nach Recht und Gesetz Entscheidungsbefugter – relativiert. Das aber wäre, wenn nicht die erste Absicht, dann doch vielleicht das interessanteste Ergebnis der ganzen Operation. Diese Alleinstellungen der Politik nämlich sind zunehmend eine zentrale Gefahr für die Leistungsfähigkeit, die Innovationsfähigkeit unserer Gesellschaft. Denn, das sahen wir schon eingangs: soviel wie die Politik erledigen und richten zu können vorgibt und damit, das ist das Wesentliche, Andere, Bessere vom Mitmachen abhält, kann sie nicht leisten. Die Relativierung der Einflussmacht der Politik ist ein Gebot der Stunde. Und sie liegt in ihrem eigenen Interesse. Wie gut würde es ihrem Ruf tun, könnte sie sich auf die Aufgaben konzentrieren, die sie dann auch tatsächlich erledigen kann.

13. Ein Beispiel für anderes?

Würde eine solche Kultur gesellschaftlicher Beteiligung an öffentlichen Dingen wachsen, wären auch weniger aufwändige, weniger komplexe Entstehungsverfahren denkbar als es bei unserem besonderen Beispiel eines Wissenschaftsrates der Fall ist. Es könnte und müsste eine Vielzahl von Teilnahmen gesellschaftlicher Mitsprache entstehen, so wie es ja auch eine Unzahl politischer Mitsprachen auf allen Ebenen und in allen Teilen unserer Demokratie gibt. Denn es würde sich lohnen: Positionen würden Gewicht bekommen, die aus dem Wunsch nach Wählerzustimmung heraus entstanden sind; deren Ernsthaftigkeit stattdessen durch die Selbstverpflichtung der sich Äußernden unterstützt wird, die mit ihrem Beitrag auch ihre wissenschaftliche bzw. gesellschaftliche Reputation in die Waagschale werfen; und die sich mit ihrer Persönlichkeit, nicht durch den interessegeleiteten Auftrag einer Organisation oder eines Verbandes Gehör zu verschaffen in der Lage sind.

Die gesellschaftliche Mitsprache wird sich dabei allerdings nie auf die gesetzliche Geordnetheit, mit der die demokratischen Entscheidungsbefugnisse geregelt sind, stützen

können. Nun ist auch die demokratische Entscheidungsmacht voller Doppelungen und vor allem Überschneidungen und Mehrfachprüfungen. Im Gesellschaftlichen wird aber nur in der Freiheit des gesellschaftlichen Austauschs Wildwuchs vermieden werden: zuallererst wieder durch die Kommentierung durch die Presse; aber auch durch die Erfahrung der sich zu Wort Meldenden selbst, dass nämlich schon andere ihr Gebiet gut bespielen und das eigene Engagement besser dort einzubringen wäre oder möglicherweise im konkreten Fall auch nicht dringlich gefragt ist.

Letzteres, dass nämlich solche Beteiligung aus der Gesellschaft prinzipiell nur „nebenberuflich“ geschehen wird und sollte, ist nicht nur ein wirksames Korrektiv gegen „Wildwuchs an Sachbeiträgen“. Es ist, von der anderen Seite gesehen, auch ein entscheidendes Realisierungsproblem für unsere Idee. Ist unsere Gesellschaft so verfasst, dass ihre Mitglieder zu derartigem Engagement, nebenberuflich, bereit sind? Denn diese Nebenberuflichkeit ist ein wesentliches Erkennungsmerkmal dieses Engagements, bei dem davon ausgegangen wird, dass Menschen ihr woanders gesammeltes Erfahrungswissen der Arbeit für die öffentlichen Dinge zur Verfügung stellen. Ihr berufliches und fachliches Standbein ist also gerade außerhalb des Öffentlichen. Und sie sind als Personen gefragt, nicht nur als „Unterzeichner“, wie wenn es z.B. um eine vielleicht auch große Summe für ein gesellschaftliches Engagement des eigenen Unternehmens geht.

Die Antwort kann nur in zwei Stufen erfolgen: erstens ist das hier Diskutierte nicht eine Selbstverständlichkeit unseres gesellschaftlichen Lebens – sonst müssten wir nicht darüber sprechen, weil wir das alles schon hätten. Zum zweiten gibt es zwar bereits manches, was sich bei näherem Hinsehen als auf dem Weg dorthin erweist. Die Augen darf man aber nicht davor verschließen, dass die Kraftanstrengung eines systematischen Starts für das, was wir hier diskutieren, vonnöten sein wird. Das sollte man schon deshalb ungeschminkt einräumen, weil sonst die nötige Anstrengung, um es aufzubauen, unterschätzt wird und möglicherweise schon deshalb unterbleibt. Dieser „systematische Start“ muss nicht nur das Mitwirkungssystem im Auge haben, sondern auch die Bereitschaft unserer Gesellschaft, der dafür erforderlichen Menschen in der Gesellschaft, persönlich mitzuwirken.

14. Erfahrung und Wissen – eine der größten unter den nachhaltigen Ressourcen

Lassen Sie mich nach diesen, auf den Prozess gerichteten Überlegungen dann doch mit etwas Inhaltlichem enden: Wissen, Erfahrung, Urteilsfähigkeit, so wie sie im Reifeprozess einer Gesellschaft, in der die Heutigen auf den Schultern der Leistungen und der Lernprozesse ihrer Vorgängergenerationen stehen, gewachsen sind – ist das nicht ein sogar besonders wertvolles Gut, das man für nachhaltige Nutzung schützen und zur Wirkung bringen muss? Für nachhaltige Ziele einzutreten, das betonen ihre Vertreter mit Recht, ist nicht nur ein Thema des Umweltschutzes. Es ist grundsätzlich das Thema einer stabilen, erfolgreichen Zukunft unserer Gesellschaft. Kann man dies bei der hier diskutierten Frage des möglichst umfassenden und wirkungsvollen Nutzens des in der Gesellschaft befindlichen Wissens nicht besonders gut sehen?

Ein Wissen, das es verdient, und das wäre geradezu ein Paradigmenwechsel, nicht nur kommentierend und kritisierend, nörgelnd und besser wissend eingesetzt zu werden. Denn das ist überwiegend die Rolle von Wortmeldungen aus der – ja nicht zuständigen – Gesellschaft gegenüber dem Handeln der – ja zuständigen – Politik. Sondern das Einfluss nehmend und mitverantwortend, konstruktiv und besser machend zur Wirkung kommt. Eine seinem Wert und auch seinem Träger angemessenere Wirkung.

Für mich ist dies, der Wert des Wissens, ein weiterer Grund, aus dem Blickwinkel der Nachhaltigkeit für die genannten strukturellen Ziele zu kämpfen. Klar muss im übrigen sein, dass auf einem dann eröffneten Terrain gesellschaftlicher Beiträge sich natürlich auch die Umweltpositionen wieder in Konkurrenz zu anderen befinden würden. Diesmal allerdings – und das macht es aus – in einer inhaltlichen. Und in der sollte sich die Umweltbewegung zuhause fühlen. Ist das doch die große und berechtigte Klage, dass die Umweltargumente im Getöse der Alltagspolitik kein ihrer sachlichen Begründetheit angemessenes Gehör erhalten. Auf diesem Terrain, dem sachlichen, sollte es der Umweltbewegung auch leicht fallen, gegebenenfalls die eigene Position zu relativieren, weil und wenn sie im konkreten Fall objektiv im Verhältnis zu einer entgegenstehenden nicht zu halten ist. Und das, eine solche sachlich gebotene Relativierung, würde übrigens auch die Trennlinie klären zwischen Umweltengagement, das von Hause aus rigoros und parteiisch ist, und dem Ganzen verpflichteten Nachhaltigkeitsstrategien.